



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates (Rat/XVI/023/2016)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 07.04.2016

Sitzungsbeginn: 17:07 Uhr

Sitzungsende: 18:00 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Altbau, großer Saal

Anwesend:

stellv. Ratsvorsitzende/r

Herr Hendrik A. W. Hamer

Frau Christiane Kühmann

Bürgermeisterin

Frau Beatrix Kuhl

stellv. Bürgermeister

Herr Hauke Sattler

Herr Bruno Schachner

Ratsmitglieder

Herr Dirk Beening

Herr Alexander Beitelmann

Herr Ulrich Biester

Herr Wilhelm Bloem

Frau Gudrun Bonow

Herr Carl Friedrich Brüggemann

Herr Christian Dawid

Herr Walter Düngemann

Herr Paul Foest

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Bonné Harms

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Herr Johann-Henning Keitel

Herr Gerd Koch

Frau Engeline Kramer

Herr Jochen Kruse

Herr Gerd Lübbers

Frau Heike Nicolai

Herr Michael Popke

Herr Ernst Gerold Rebels

Herr Clemens Ressmann

Herr Michael Runden

Herr Dieter Schmidt

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

Frau Hedda Warners

Frau Susanne Westermann

Herr Christian Winkler

Verwaltung

Frau Tomke Hamer

Herr Heinz Hauschild

Frau Birgit Hingst-Lübben

Frau Katrin Kunze

Herr Holger Möse

Herr Carsten Schoch

Abwesend:

Vorsitzende/r

Frau Beate Stammwitz

Ratsmitglieder

Herr Sönke Eden

Herr Hans Fricke

Frau Ursel Nimmrich

Frau Christina Stoye-Grunau

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.02.2016 (Rat/XVI/022/2016)
- 4 Gründung der Gruppe "BfL - Bürgergemeinschaft für Leer"
Vorlage: 9.12/XVI/1218/2016
- 5 Wahl eines Schiedsmannes im Bezirk II
Vorlage: 9.12/XVI/1217/2016
- 6 Einspruch gegen den Beschluss des Rates vom 10.02.2016 unter TOP "Haushalt" - Kündigung der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe mit dem Landkreis Leer (Förderung von Kindertagesstätten)
- 7 Änderung der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe mit dem Landkreis Leer
Vorlage: 1.40/XVI/1204/2016
- 8 Sanierungsverfahren „Leer Weststadt“
 - a) Billigungsbeschluss zur Abgrenzung des Förder- und Sanierungsgebietes
 - b) Billigungsbeschluss zur Anpassung der Kosten- und FinanzplanungVorlage: 2.60/XVI/1213/2016
- 9 73. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Heisfelder Straße (B 70) und nördlich der BAB 31
 1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
 2. Feststellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung; Zustimmung zu Begründung und UmweltberichtVorlage: 2.61/XVI/1179/2016
- 10 Bebauungsplan Nr. 205 für ein Gebiet westlich der Heisfelder Straße (B 70) und nördlich der BAB 31
 1. Erörterung und Beschluss über Anregungen
 2. Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung und Zustimmung zu Begründung und UmweltberichtVorlage: 2.61/XVI/1180/2016
- 11 Annahme von Spenden

12 Informationen

13 Anfragen

14 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Der 1. stellvertretende Ratsvorsitzende Herr Hamer eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er gab bekannt, dass die Verwaltung die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten

11. 78. Änderung des Flächennutzungsplanes „Repowering Windpark Hohegaste“/1. Erörterung und Beschluss über Anregungen/2. Feststellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung; Zustimmung zu Begründung und Umweltbericht

12. Durchführungsvertrag Windpark Hohegaste – Beschluss

13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 11 „Repowering Windpark Hohegaste“/1. Erörterung und Beschluss über Anregungen/2. Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung und Zustimmung zu Begründung und Umweltbericht

14. Fortschreibung der kommunalen CO₂- Bilanz aus dem integrierten Klimaschutzkonzept (IKK) und Beitritt der Stadt Leer zum „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e.V.“ (Klima-Bündnis) - Beschluss

zurückgezogen habe und diese Punkte damit entfallen. Die Nummerierung der übrigen TOPe ändere sich entsprechend.

Weiterhin informierte er darüber, dass die BfL mit Schreiben vom 29.03.2016 beantragt habe, das ehemalige Telekomgebäude, Nessestraße 1 a, nicht länger zurückzuhalten und dieses an den Investor zu veräußern. Die Tagesordnung sei damit im nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt „Sanierung Handelshafen/Nesse-Dock: Verkauf der Teilfläche II der Nessestraße 1a“ zu erweitern.

Herr Hamer erteilte Frau Kramer das Wort.

Frau Kramer:

„Es ist erstaunlich, wie schnell reagiert wird in diesem Punkt. Von heute auf morgen gibt es eine fertige Beschlussvorlage, zunächst als schnelle Tischvorlage im VA, da sollte dann schnell beschlossen werden, ohne mit weiteren Ratsmitgliedern zu diskutieren.

Das nenne ich echte Offenheit.

Auf Antrag der Grünen wurde dann der TOP zurückgestellt und liegt schon heute im Rat wieder vor.

Wir wissen heute alle nicht, wie es mit der Zuweisung der Flüchtlinge aussieht. Vor drei Wochen wurde noch gedroht, wenn wir dem Ghetto nicht zustimmen, wohin mit

den 1000 Flüchtlingen? Verantwortungslos wurden diejenigen gescholten, wenn das Projekt scheitert.

Eine Frage an die Bürgermeisterin: Was passiert, wenn jetzt plötzlich mehr Flüchtlinge kommen, als wir heute wissen? Wer gibt die Garantie, dass wir kurzfristig 200 oder 300 Personen unterbringen können? Das Postgebäude steht nicht bereit, die Halle am Hafen auch nicht. Gebaut wurde ebenfalls noch nicht. Wie oft mussten wir nachfragen, ob dies eine oder das andere Gebäude jetzt bereit steht? Der Fokus stand immer auf dem geplanten Ghetto.

Über das Telekomgelände kann man sicher irgendwann entscheiden, aber nicht innerhalb von zwei Tagen. Notunterkünfte werden geschlossen. Im Augenblick ist es wichtig, dass die Stadt ihre eigenen Immobilien behält.

Die Grünen lehnen daher diesen TOP ab.“

Der Vorsitzende erklärte, dass diese Aussage zur Kenntnis genommen wird.

Herr Runden:

„Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

ich möchte etwas zur Tagesordnung sagen – und zwar zur Streichung von 3 Punkten der Tagesordnung, die Punkte 11, 12 und 13. Das sind Punkte, auf die ich mich lange vorbereitet habe. Aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, soll dafür eine Sondersitzung gemacht werden am 20. April, wenn viele nicht da sind. Ich denke, dass man die Angelegenheit auch noch bis zur nächsten regulären Ratssitzung im Juni verschieben kann. Als Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft ist es für mich schwierig, wenn Sitzungen kurzfristig anberaumt werden, ohne dass man sich darauf vorbereiten kann. Wenn wir demokratisch sein wollen, dann muss man auch allen ausreichend die Möglichkeit geben, das beruflich und privat einzurichten.

Vielen Dank.“

Herr H.D. Schmidt:

„Ich muss direkt Herrn Runden antworten. Sie könnten sehr gut wissen, wenn Ihre Fraktion halbwegs funktioniert, warum dieser Tagesordnungspunkt verschoben wurde. Wir sind eine größere Fraktion, uns ist es gelungen alle umfassend zu informieren. Wir haben gerade auch noch eine Fraktionssitzung gehabt, bei uns ist alles sauber gelaufen. Wenn Sie von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, der auch im VA dabei war, nicht informiert werden, sollten Sie sich mit ihm unterhalten und nicht die Verwaltung kritisieren.“

Herr Hamer stellte den Antrag der BfL auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Sanierung Handelshafen/Nesse-Dock: Verkauf der Teilfläche II der Nessestraße 1a“ zur Abstimmung.

Beschluss (26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen):

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt „Sanierung Handelshafen/Nesse-Dock: Verkauf der Teilfläche II der Nessestraße 1a“ erweitert.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Herr Hamer rief den Punkt „Einwohnerfragestunde“ auf.

Herr Harald Coners meldete sich zu Wort, bezog sich auf TOP 6 der Tagesordnung und fragte an, wenn die Zuständigkeit an den Landkreis zurückgehe und dieser beschließe, einen kleinen Kindergarten oder einen, der im Unterhalt sehr teuer ist, zu schließen, welche die Möglichkeit die Stadt Leer noch habe darauf einzuwirken.

Herr Hauschild erläuterte, dass dieser Punkt nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung sei. Es gehe heute nur um die Anpassung der Vereinbarung mit dem Landkreis Leer und nicht um die Kündigung der Vereinbarung.

Herr Wieben zeigte sich irritiert und fragte an, ob die Tagesordnungspunkte bezüglich des Repowering Windpark Hohegaste nicht behandelt würden und warum das so sei, immerhin seien sie Teil der Bürgerinformation.

Es wurde ihm erklärt, dass die Verwaltung die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 11 bis 14 zurückgezogen hat und diese heute damit nicht mehr in der Sitzung beraten werden. Sie werden in einer gesonderten Sitzung behandelt. Eine Diskussion darüber finde nicht statt

Die Bürgermeisterin ergänzte, dass die Absetzung bereits in der gestrigen nicht öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen worden sei und sie direkt aus der Sitzung heraus die Presse informiert habe, damit sich die interessierten Bürger nicht umsonst auf den Weg machen müssen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.02.2016 (Rat/XVI/022/2016)

Beschluss (33 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.02.2016 (Rat/XVI/022/2016).

TOP 4 Gründung der Gruppe "BfL - Bürgergemeinschaft für Leer" Vorlage: 9.12/XVI/1218/2016

Der 1. stellvertretende Ratsvorsitzende informierte darüber, dass sich die Gruppe „Bürgergemeinschaft für Leer - BfL“ gegründet habe. Dieser gehören Herr Ulrich Biester als Vorsitzender und Herr Bonné Harms an (bisher Gruppe „Die LINKE./Harms“).

TOP 5 Wahl eines Schiedsmannes im Bezirk II
Vorlage: 9.12/XVI/1217/2016

Herr Hamer verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage.

Beschluss (einstimmig):

Herr Rolf Hackenberg für die Amtszeit von fünf Jahren ab dem 06.06.2016 zum Schiedsman im Schiedsamtsbezirk II gewählt.

TOP 6 Einspruch gegen den Beschluss des Rates vom 10.02.2016 unter TOP "Haushalt"
- Kündigung der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe mit dem Landkreis Leer (Förderung von Kindertagesstätten)

Herr Hamer verwies auf die Verhandlungen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 16.02.2016 unter TOP 2; gemäß § 88 Satz 3 NKomVG habe der Rat zu beschließen.

Er stellte den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Herr H.D. Schmidt erkundigte sich, ob es richtig sei, über einen rechtswidrigen Beschluss erneut abstimmen zu lassen. Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

Beschluss (17 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen):

Der in der Ratssitzung am 10.02.2016 unter TOP 5.3 gefasste rechtswidrige Beschluss,

die „Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe“ vom 21.04.2009 gemäß § 69 Abs. 6 und §§ 22 ff SGB VIII sowie § 13 des Nds. AG KJHG mit dem Landkreis Leer, wonach die Förderung der Kindertagesstätten auf die Stadt Leer übertragen wurde, wird gekündigt,

wird ersatzlos aufgehoben.

TOP 7 Änderung der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe mit dem Landkreis Leer
Vorlage: 1.40/XVI/1204/2016

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungen im Kinder- und Jugendausschuss sowie im Verwaltungsausschuss. Er erteilte Herrn Brüggemann das Wort.

Herr Brüggemann:

„Herr Vorsitzender,
Frau Bürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
alle, die das Papier gelesen haben, zwischen Landkreis Leer und den Gemeinden werden es wissen. Aber ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die zur Abstimmung stehende Vereinbarung unserem soeben zurückgenommenen Beschluss in einer speziellen Weise Rechnung trägt. Es geht ja in dieser Vereinbarung um gewisse Änderungen der Landesgesetzgebung vor Ort umzusetzen und andere sinnvolle Dinge neu zu regeln. Aber es steht auch ausdrücklich in der Vorlage, an der Belastung des städtischen Haushalts von etwa 5 Mio. EUR durch die Aufgabenwahrnehmung der Stadt ergibt sich keine wesentliche Änderung.

Der Beschluss, der in der letzten Ratssitzung in meiner Abwesenheit gefasst wurde, mag ein Schnellschuss gewesen sein. Dem trauere ich nicht hinterher, aber das Problem bleibt. Als ich 2008 in den Rat eintrat, waren es 3 Mio. EUR, jetzt sind es 5 Mio. EUR, also werden wir 2018 bei Verdoppelung landen. Warum? Weil die Ausgaben sich dynamisch entwickeln. Frau Nicolai weiß es am besten als Kindergartenleiterin aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung. Es geht los mit Ganztageskindergärten, Sonderöffnungszeiten morgens und mittags, mittägliche Verpflegung und all diese Dinge, die kein gesetzliches Muss sind. Muss ist nur, dass Kindergartenplätze in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Und was uns nicht refinanziert wird, sind unsere sozialpolitischen Weichenstellungen, die wir hier bewusst setzen. Es sind etwa 2 Mio. EUR dieser 5 Mio. EUR, die auf diesen Part an freiwilligen Leistungen entfallen nach meiner Kalkulation. Dieser Part, der war damals bei Abschluss der Vereinbarung mit dem Landkreis gar nicht absehbar, weil die Lage eine ganz andere war. Und sie wird uns aber immer wieder ins Buch geschrieben durch die Kommunalaufsicht des Landkreises. Es ist ja so, dass wir immer stark kämpfen müssen, dass unser Haushalt genehmigt wird.

Die Kündigung der Vereinbarung, die letztes Mal beschlossen wurde, das mag ultima ratio, das mag der letzte Ausweg sein, aber wenn das Problem der dynamischen Ausgabenentwicklung ohne Kompensation weiter bleibt, dann bleibt das Thema der finanzpolitischen Beziehungen zwischen Stadt und Landkreis auf der politischen Tagesordnung. Wenn nicht wir als Rat, wer soll sonst die städtischen Interessen vertreten? Egal ob Herr Groote und Herr Dr. Luerßen Landrat wird, da kennen wir unsere politischen Freunde, egal ob sie Genossen sind oder Parteifreunde genannt werden, es wird uns nichts geschenkt werden vom Kreis. Und deshalb sage ich Ihnen, wir müssen uns für unsere eigenen Interessen schon selbst einsetzen. Die Zeit ist nicht nach Spenderhosen. Wir sollten sie ausziehen, gerade gegenüber dem Landkreis. Denn wir haben weiterhin die Problematik, dass wir Eltern haben die hier arbeiten, darüber sind wir froh, aber deren Kinder dann auch hier Kindergartenplätze in Anspruch nehmen und nicht in ihren Wohnortgemeinden. Das macht auch einige Hun-

derttausend Euro aus. Davon wird nichts erstattet. Dieser Umstand ist nach meiner Meinung nicht gerecht und auch nicht dauerhaft hinzunehmen. Daher meine Bitte also an die Bürgermeisterin und Herrn Hauschild nach der Kommunalwahl das Thema wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Den Eltern es gleich, ob die Stadt oder der Landkreis die Kitaplätze bereitstellt, Hauptsache es sind genügend und qualitativ gute Plätze da. Das ist eine politische Aufgabe, die wir für den Landkreis übernehmen, aber wir müssen dafür auch in gewisser Weise eine Anerkennung vom Landkreis bekommen. So wie es jetzt ist, geht es nicht weiter. Das ist einfach unfair. Ich möchte nicht Öl ins Feuer gießen, aber daran appellieren, unsere Interessen nicht leichtfertig beiseite zu schieben.

Vielen Dank.“

Beschluss (24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen):

Der Neufassung der „Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe“ gem. § 69 Abs. 6 und §§ 22 ff SGB VIII in der zzt. gültigen Fassung sowie § 13 des Nds. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) in der Fassung vom 05.02.1993 (Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt S. 45), in der zz. gültigen Fassung, zwischen dem Landkreis Leer und der Stadt Leer wird in der beigegeführten Fassung zugestimmt.

- TOP 8 Sanierungsverfahren „Leer Weststadt“**
- a) Billigungsbeschluss zur Abgrenzung des Förder- und Sanierungsgebietes**
 - b) Billigungsbeschluss zur Anpassung der Kosten- und Finanzplanung**
- Vorlage: 2.60/XVI/1213/2016**

Beschluss (einstimmig):

- a) Die in Abstimmung mit dem MS erfolgte Abgrenzung des Fördergebietes und des Sanierungsgebietes für das Sanierungsverfahren „Leer Weststadt“ wird gebilligt.
- b) Die Anpassung der Kosten- und Finanzplanung für das Fördergebiet des Sanierungsverfahrens „Leer Weststadt“ wird gebilligt.

- TOP 9 73. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Heisfelder Straße (B 70) und nördlich der BAB 31)**
- 1. Erörterung und Beschluss über Anregungen**
 - 2. Feststellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung; Zustimmung zu Begründung und Umweltbericht**
- Vorlage: 2.61/XVI/1179/2016**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß der Tabellen (Anlage 1 und Anlage 2 der Vorlage) wird zugestimmt.
2. Die 73. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 1 (3) und § 5 BauGB sowie des § 58 (2) NKomVG entsprechend dem beigefügten Plan (Anlage 3 der Vorlage) beschlossen (Feststellungsbeschluss), der Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4 und Anlage 5 der Vorlage), den Fachgutachten, dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept und dem Entwässerungskonzept wird zugestimmt.

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 205 für ein Gebiet westlich der Heisfelder Straße (B 70) und nördlich der BAB 31

1. Erörterung und Beschluss über Anregungen

2. Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung und Zustimmung zu Begründung und Umweltbericht

Vorlage: 2.61/XVI/1180/2016

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß Tabellen (Anlage 1 und Anlage 2 der Vorlage) wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 205 (Anlage 3) wird gemäß § 1 (3) und § 10 BauGB sowie des § 58 (2) NKomVG als Satzung beschlossen, der Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4 und Anlage 5 der Vorlage), den Fachgutachten, dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept und dem Entwässerungskonzept wird zugestimmt.

Bei der Beratung und Beschlussfassung haben der Bebauungsplan Nr. 205, die Begründung mit Umweltbericht und allen Anlagen und Fachgutachten im Original vorgelegen.

TOP 11 Annahme von Spenden

Die Bürgermeisterin trug folgende Spenden vor:

Grundschule Bingum:

Der Schulförderverein der Grundschule Bingum beteiligt sich an der Anschaffung eines Smartboards bis zu einem Betrag von 3.600,00 EUR.

Eichenwellschule:

Der Möbelhersteller Eromes Marko B.V. spendet der Eichenwellschule eine komplette Möbelausstattung für einen Klassenraum. Der Gesamtwert der Spende beträgt 16.533,00 EUR.

Beschluss (einstimmig):

Die folgenden Spenden an

a) die Grundschule Bingum:

Der Schulförderverein der Grundschule Bingum beteiligt sich an der Anschaffung eines Smartboards bis zu einem Betrag von 3.600,00 EUR.

b) die Eichenwallschule:

Der Möbelhersteller Eromes Marko B.V. spendet der Eichenwallschule eine komplette Möbelausstattung für einen Klassenraum. Der Gesamtwert der Spende beträgt 16.533,00 EUR.

werden angenommen.

TOP 12 Informationen

ger-
meis-
terin
Kuhl
teilte
mit,
dass
sie auf-
auf-
grund
der
ange-
spann-
ten
Fi-
nanzsi-
tuation
am
17.02.2
016 im
Rah-
men
der
Haus-
halts-
siche-
rungs
maß-
nah-
men
für die

Auf-
wen-
dun-
gen im
Ergeb-
nis-
haus-
halt
eine
haus-
halts-
wirt-
schaft-
liche
Sperre
gem. §
30
GemH
KVO in
Höhe
von 20
% auf
die
Haus-
halts-
ansät-
ze
2016
ange-
ordnet
habe.

Diese
Sperre
gelte
nicht
für die
Perso-
nalkos-
ten,
sämtli-
che
Auf-
wen-
dun-

gen
auf-
grund
von
gesetz-
lichen
und
ver-
tragli-
chen
Ver-
pflich-
tungen
(insbe-
sonde-
re Kos-
ten für
Leis-
tungen
der
Stadt-
werke
Leer
AöR),
innere
Leis-
tungs-
ver-
rech-
nun-
gen,
die in
Ertrag
und
Auf-
wand
ausge-
glichen
sind
(Ver-
rech-
nun-
gen
zwi-
schen
Produk-
ten,
z.B.

Kosten
für
Leis-
tungen
EDV).
und
Ab-
schrei
bun-
gen.

Die Sperre werde nur auf Antrag der zuständigen Organisationseinheit in begründeten und zwingend erforderlichen Fällen reduziert oder aufgehoben. Darüber werde der Rat zu gegebener Zeit entsprechend unterrichtet.

Die eingetragene haushaltswirtschaftliche Sperre betrage insgesamt 918.520 €.

TOP 13 Anfragen

Der Vorsitzende erteilte Frau Kramer das Wort.

Frau Kramer:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Nach der letzten etwas turbulenten Ratssitzung hat der Ratsherr Koch von der AWG am 15. Februar 2016 einen Kommentar zur OZ und zur Ratssitzung ins Netz gestellt.

Damit alle auf dem gleichen Stand sind, lese ich zunächst diesen Text noch mal vor und stelle dann meine Frage:

Zitat Koch:

„Blamage“ so titulierte Frau Herterich jüngst einen von ihr verfassten OZ-Kommentar über den Ablauf der Ratssitzung am Mittwoch. Blamabel ist aber nicht das Verhalten der Bürgermeisterin, sondern die offensichtlich bewusst falsch gewählte Einschätzung der Zeitungstante.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die beanstandete Abstimmung vorberaten und die durchgeführte Abstimmung somit rechtens war. Diese Vorgehensweise ist in der Vergangenheit auch schon gewählt worden, ohne dass Herr Hauschild intervenierte. Aber dieses Mal hat der Erste Stadtrat die Gelegenheit genutzt, der Bürgermeisterin eins auszuwischen. Ist ihm ja auch gelungen. Das zu seiner Loyalität. Statt zu helfen, hat Hauschild das offene Messer vorgezogen. Gut, dass seine Tage gezählt sind.

Dann spielt die Rechtsexpertin im Rathaus noch eine sehr unglückliche Rolle. Als Verwaltungsjuristin hätte sie die Frage, ob das Vorgehen rechtens ist, beantworten müssen. Wenn nicht sie, wer denn sonst?

Und nicht zu vergessen, die Ratsvorsitzende. Sie kann es einfach nicht! Schon zu Beginn einer jeden Sitzung und da ist nicht nur mein Eindruck, sehnt sie deren Ende herbei. Frau Stammwitz taumelt von einem Tagesordnungspunkt zum nächsten. Schon der abgewählte Bürgermeister hatte ihr bei jeder Sitzung einen Verwaltungsfachmann an die Seite gestellt. Wie der Name schon sagt: Die Ratsvorsitzende leitet die Ratssitzungen und nur sie. Wenn Beate Stammwitz das aber nicht kann (und sich schon seit Jahren blamiert) dann sollte die postengeile Ratsfrau dieses wichtige und bedeutungsvolle Amt nicht annehmen bzw. niederlegen. Allein ihr Versagen fällt, wie man im konkreten Fall sehen kann, auf die Beteiligten stark zurück. Einfach blamabel.

Ich entschuldige mich für das, was ich jetzt vorlese.

Ich empfehle der sonnenbankverstrahlten SPD-Schönheit: weniger Bräune, mehr Sachverstand!

Weiter Zitat Koch:

Frau Herterich von der OZ hätte sich alle vornehmen können, aber nicht die Bürgermeisterin, Frau Kuhl ist in der Ratssitzung ein ganz normales Ratsmitglied von 39 Mandatsträgern. Mehr nicht. Nicht einmal für die OZ ist das eigentlich schwer zu begreifen. Die Versagerin im Rathaus am Mittwoch war, neben Herrn Hauschild und der Juristin, Frau Stammwitz. Ganz zu schweigen von Petra Herterich, die aber an einer sauberen Recherche ohnehin kein Interesse hat.

Die Grünen schämen sich ob solcher diskriminierender Äußerungen von einem Ratsherrn in unserer Mitte.

Jetzt die Anfrage:

Da es sich um Personalangelegenheiten handelt und um die Ratsvorsitzende Frau Stammwitz, stelle ich jetzt die Frage:

Frau Bürgermeisterin, was haben Sie gegen diese perfiden Beleidigungen in der Öffentlichkeit gegenüber Ihrem Personal unternommen? Sie wollten juristisch prüfen lassen, ob dagegen etwas unternommen werden kann. Was ist bisher geschehen? Was haben Sie gegen die Beleidigungen gegenüber unserer Ratsvorsitzenden unternommen?“

Frau Kuhl:

„Frau Kramer, Ihre Anfrage darf laut § 15 der Geschäftsordnung 5 Tage vor der Sitzung bei der Bürgermeisterin eingereicht werden. Ich nehme das heute als Antrag entgegen und werde mich schriftlich dazu äußern.“

Herr H. D. Schmidt:

„Meine Damen, meine Herren, ich muss mich sehr wundern über die Äußerungen von vermeintlich seriösen Ratskollegen. Herr Runden unterbricht Frau Kramer während ihrer Antragsbegründung, das heißt dass Herr Runden nicht anders denkt als Herr Koch und solche Dinge billigt. Sie können es wohl kaum ertragen, dass Frau Kramer diese Unverschämtheiten hier vorträgt und dafür Sorge tragen will, dass das aufgeklärt wird und diese Dinge mal aus der Welt geräumt werden müssen. Ich weise darauf hin, dass wir mehrere Resolutionen gegen Herrn Koch gefasst haben, die scheinen Ihnen ziemlich egal zu sein.“

Herr Keitel:

„Ich verwende mich dagegen, dass erst ein Text verlesen wird und dann die Anfrage kam. nach meinem Verständnis muss das umgekehrt sein: erst die Anfrage und dann möglicherweise der Text. Das bitte ich doch in Zukunft zu beachten, ganz abgesehen davon, dass eine Anfrage 5 Tage vorher eingereicht werden sollte. Dann man sich darauf vorbereiten und ggf. Stellung beziehen.“

Protokollanmerkung:

Die Kommentierung der Ratssitzung ist von der Homepage der AWG-Fraktion entfernt worden ist. Frau Bürgermeisterin Kuhl hatte sich unmittelbar, nachdem sie von der Veröffentlichung der AWG-Fraktion Kenntnis erlangt hatte, an deren Vorsitzenden gewandt und ihn sehr eindringlich gebeten, diesen Beitrag von der Homepage zu entfernen. Dies gebot auch ihre Fürsorgepflicht gegenüber den dort kritisierten Bediensteten der Stadtverwaltung. Eine Strafanzeige hält sie jedoch für den falschen Weg, diesen unsachlichen Äußerungen zu begegnen, zumal die AWG-Fraktion den Beitrag auf ihre Intervention hin entfernt hat.

Anders als im Verhältnis zu den Bediensteten der Stadtverwaltung, deren Dienstvorgesetzte sie ist, kann es jedoch nicht ihre Aufgabe als Bürgermeisterin sein, einzelne Ratsmitglieder oder Fraktionen bzw. die Ratsvorsitzende vor den Anwürfen anderer Ratsmitglieder durch Strafanzeigen zu schützen und Abgeordnete in „ihre Schranken zu verweisen“.

Frau Kramer wurde dies zwischenzeitlich schriftlich mitgeteilt.

TOP 14 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Herr Hamer schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.50 Uhr und verabschiedete die Zuhörer.

gez.

Vorsitzende/r

gez. Beatrix Kuhl

Bürgermeisterin

gez. Birgit Hingst-Lübben

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in